

auf Seite 1:

! EINSPRUCH !

*Henryk M. Broder
berichtet über
eine kuriose Liste*

In Radu Mihaileanus wunderbarem Film *Der Zug des Lebens* beschließen die Bewohner eines osteuropäischen Shtetls, sich selbst zu deportieren, um den heranrückenden Nazis zu entkommen. Die Geschichte endet tragisch, aber die Idee war einen Versuch wert. Am Montag erschien in der Süddeutschen Zeitung als Anzeige eine „Berliner Erklärung“, in der die Bundesrepublik aufgefordert wird, „die israelische Besatzungspolitik nicht länger zu tolerieren“, den Boykott der Palästinensischen Autonomiebehörde „kurzfristig zu beenden“ und endlich dafür zu sorgen, daß ein „lebensfähiger palästinensischer Staat“ verwirklicht wird (vgl. S. 2). Weihnachten steht vor der Tür, Kinder schreiben an den Weihnachtsmann, da darf man es den Erwachsenen nicht verübeln, daß sie sich auch etwas wünschen, und wenn sie dabei die Macht der Regierung ein wenig überschätzen.

Was den Appell mit dem anmutigen Titel „Schalom 5767“ zum Kuriosum macht, ist weniger die Naivität der Verfasser, die offenbar glauben, eine Regierung, die kein Rauchverbot im eigenen Land durchsetzen kann, könnte eine Friedensregelung im Nahen Osten erzwingen. Es ist vielmehr die Tatsache, daß es sich um eine „gelbe Liste“ handelt, die erste ihrer Art seit mehr als 60 Jahren. Die etwa ebenso vielen „Erstunterzeichner“ sind allesamt „jüdisch“ – von Geburt, durch Konversion oder aus Überzeugung, also irgendwie. Und deswegen berufen, eine besonders kompetente Position zum Nahost-Konflikt einzunehmen, die unter anderem in der Formulierung zum Ausdruck kommt, „das sich bedroht fühlende Israel“ sollte „Versöhnungsbereitschaft“ zeigen, während die Hamas-Charta, in der die Vernichtung Israels gefordert wird, nicht einmal erwähnt wird. Was lehrt uns das? „Jüdisch“ ist nur ein Adjektiv. Ein Beweis für Intelligenz ist es nicht.

auf Seite 2:

„Frieden für Palästina“

*Juden fordern neue
Nahost-Politik*

Mit einer Anzeige in der Süddeutschen Zeitung vom Montag hat sich die Vereinigung „Schalom 5767“ mit einer „Berliner Erklärung“ zu Wort gemeldet. Unter dem Titel „Wie kann es Frieden geben für Palästina“ fordern „jüdische Erstunterzeichnende“, „einer dauerhaften Friedenslösung den Weg zu bereiten“. Deutschland würde aus „Scham und Trauer“ über den Holocaust zur Politik des jüdischen Staates schweigen und damit „neues Unrecht ermöglichen“. Deshalb, so heißt es weiter, „fordern wir die deutsche Regierung auf (...), die Besatzungspolitik nicht weiter zu ignorieren, kurzfristig den Boykott der Palästinensischen Autonomiebehörde zu beenden und endlich die Verwirklichung eines palästinensischen Staates ernsthaft anzustreben.“ Dafür müßte eine verbindliche Sicherheitsregelung für Israel gefunden werden; das Rückkehrrecht für die Palästinenser könne gelöst werden, wenn Israel als „Zeichen der Versöhnungsbereitschaft die Vertreibung als Unrecht benennt“. Bisher sind alle Verhandlungen gescheitert, weil die Palästinenser auf einem Rückkehrrecht der Flüchtlinge in das israelische Kernland bestehen. Israel lehnt dies ab, da dann keine jüdische Mehrheit mehr gewährleistet sei.

Für den Inhalt des Appells verantwortlich zeichnet Rolf Verleger. Bereits im Juli hatte der Lübecker Professor für Neurophysiologie erst mit einem Brief an den Zentralrat der Juden, dann auch öffentlich „Israels militärische Maßnahmen im Libanon“ kritisiert. Charlotte Knobloch, Präsidentin des Zentralrats, hatte die Äußerungen in ihrer Antwort an Verleger, der Mitglied des Direktoriums ist, „in aller Schärfe zurückgewiesen“. Im August hatte dann die jüdische Gemeinde in Lübeck Verleger als Vorsitzenden abberufen.

Sylke Tempel